Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.60 Mark, vierteljährlich 10.80 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am ich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 95. Halle, Donnerstag, den 26. Februar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Der Frieden mit Rußland.

Die bolschewistische russische Regierung wünscht den Frieden um jeden Preis. Sie überrascht zwar die Welt immer wieder durch neue Siegesnachrichten, aber sie macht die heute nicht mehr neue Erfahrung, daß mit Siegen allein ein günstiger Frieden noch nicht erzwungen werden kann. Der Zusammenbruch des Gegners ermöglicht erst den Abschluß von Friedensverträgen, wie sie der Sieger wünscht. Nun hat Rußland unter allen seinen Gegnern keinen, der völlig zusammengebrochen wäre. Im Gegenteil, die Hauptgegner Rußlands sind die Sieger im Weltkrieg, die Ententeregierungen. Deshalb ist es für Sowjetrußland so schwierig, zum Frieden zu kommen.

Wahrscheinlich würde es keine Schwierigkeiten machen, ein friedlich nachbarliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland herbeizuführen, bei dem beide Nachbarn auf ihre Kosten kämen. Aber die Entente wünscht das nicht. Sie hat schon im Friedensvertrag durch ihre Randstaatenpolitik alles getan, was ihr möglich war, um ein zu enges Nachbarverhältnis zwischen Rußland zu verhindern. Und sie sucht erst recht jetzt die beiden Nachbarn auseinander zu halten, damit sie nicht Geschäfte miteinander machen, die die Ententemächte für sich selbst vorbehalten haben.

Das ist auch der Grund, weshalb die deutsche Reichsregierung nicht müde wird festzustellen, daß der gegenwärtig in Berlin weilende Vertreter Sowjetrußlands lediglich und ausschließlich über die gegenseitige Heimschaffung der Kriegsgefangenen auf einem rein humanitären Standpunkt verhandle. Es muß eben der Verdacht der Ententeregierungen, der tatsächlich unbegründet ist, fern gehalten werden, als ob in Berlin wirtschaftliche oder gar politische Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Sowjetdelegierten Kopp geführt würden. Davon kann schon deshalb keine Rede sein, weil von vornherein feststünde, daß solche Verhandlungen doch schließlich an dem Widerstand der allmächtigen Entente scheitern müßten. Uebrigens ist auch der Austausch der immer noch in Kriegsgefangenschaft schmachtenden vielen zehntausend Deutscher wahrhaftig Ursache genug zu eingehenden Verhandlungen. Man kann nur wünschen, daß diese vielgeprüften Volksgenossen sobald als möglich aus Sibirien erlöst und ihrer deutschen Heimat zurückgegeben werden.

Gleichartige Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen sind ja auch zwischen England und Sowjetrußland in Kopenhagen schon lange im Gange. Allerdings wird von diesen Verhandlungen neuerdings behauptet, daß sie über den Rahmen ihres ursprünglichen Zweckes immer mehr hinausgegangen wären und heute bereits richtige Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrußland und England seien. Die Behauptung tritt so allgemein in der englischen Presse auf, daß kaum noch ein Zweifel an ihrer Richtigkeit zulässig erscheint. Tatsächlich war ja auch der Zwischenzustand, der dadurch entstanden war, daß die Entente zwar den Krieg gegen die Sowjetregierung aufgegeben, aber den Frieden nicht abgeschlossen hat, auf die Dauer unerträglich. Deshalb begrüßt auch die öffentliche Meinung in England unter gewissen Vorbehalten die Aussicht eines baldigen Friedensschlusses mit Rußland.

Für Deutschland würde der Frieden der Entente mit Rußland die Sperre der Randstaaten aufheben, die heute jedem Handelsverkehr zwischen Rußland und uns starr entgegensteht. Ob damit freilich eine starke Neubelebung russischer Einfuhr nach Deutschland verbunden sein wird, ist nach allen bisher eingelaufenen Nachrichten über die angeblichen Ueberschußvorräte Sowjetrußlands höchst fraglich. Immerhin kann eine Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Rußland für uns nur erwünscht sein. Freilich muß dann von vornherein Fürsorge getroffen werden, daß die bolschewistische Propagandatätigkeit Deutschland nicht überfluten kann. Aber das wäre vielleicht bei offenem Verkehr und dadurch vermittelter wirklicher Kenntnis der innerrussischen Verhältnisse leichter als heute, wo nur durch unterirdische Kanäle russisch-bolschewistische Agitation nach Deutschland gelangt und die tatsächlichen Zustände im Innern des gewaltigen Nachbarreichs bei uns nahezu völlig unbekannt sind.

Deutschlands Antwort in der Kohlenfrage

WTB. Berlin, 25. Febr. Wie wir hören, hat die deutsche Regierung die Note der französischen Regierung in der Kohlenfrage dahin beantwortet, daß die sachlichen Voraussetzungen, von denen die Note ausgeht, nicht zutreffen. Die materiellen Fragen, die in der Note erörtert worden sind, werden der Wiedergutmachungskommission vorgelegt weden.

Forderungen Pariser Gewaltpolitiker.

WTB. Paris, 25. Febr. (Drahtnachricht.) Der Auslandspolitiker des „Matin", Sauerwein, erklärt in einem Londoner Telegramm, Frankreich verlange von England eine militärische Allianz, unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika. Besetzung der Rheinlande auf so lange, als es notwendig erscheint, und die Erweiterung der Besetzung auf das Ruhrgebiet. Außerdem dauernde finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zum Wiederaufbau. Eine längere und zeitliche Ausdehnung der Okkupation in den Rheinlanden sei England sehr unangenehm. Dem englischen Oberkommando sei es auch unangenehm, daß Frankreich schwarze und marokkanische Truppen dort verwendet. Durch diese Okkupationen werde ganz Europa in einem Zustand erhalten, der weder Frieden noch Krieg sei.

Frankreichs Generalität für den Raub des linken Rheinufers.

Zürich, 25. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Pressinformation erfährt aus Paris: In einer Versammlung der Generale des Obersten französischen Kriegsrates, der letztihin eine geheime Sitzung abhielt, ergab sich eine Mehrheit für eine dauernde Besetzung des linken Rheinufers sowie eine spätere Ansiedelung des Saarbeckens und der Rheinlande an Frankreich.

Die Entlassung der Baltikumtruppen.

Berlin, 25. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Die bereits entlassenen Angehörigen der Baltikumformation sind selbstverständlich ohne Dienstwaffe entlassen worden. Wenn sich in ihren Besitz Privatwaffen befinden, so kann dafür das Reichswehrministerium nicht verantwortlich gemacht werden. Die bisher noch nicht entlassenen Soldaten sind teils in Bürgeroranieren, teils in Lagern untergebracht und werden dort verpflegt. Die Baltikumsoldaten sind im Munsterlager, Altenrahlow, Döberitz, Heinzberg in Westpreußen untergebracht. Die Entlassung muß bis zum 15. März erfolgen. Die Zahl der noch nicht Entlassenen beträgt augenblicklich 8000 Mann. Dazu kommen noch 5000 Russen, die interniert wurden. Diese noch nicht entlassenen Soldaten erhalten ihre Waffen nur zu Dienstverrichtungen (Wache usw.) ausgefolgt.

Heimkehr von Schwerverwundeten.

München, 25. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der letzte Transport schwerverwundeter deutscher Kriegsgefangener über die Schweiz ist in Konstanz angekommen. Das große Liebeswerk, das die Eidgenossenschaft übernommen hat, ist damit zu Ende. Insgesamt führte die Schweiz seit 1915 120 000 kriegsgefangene Deutsche der Heimat zu.

Ausschreitungen in Ludwigshafen.

Berlin, 25. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Zu vorgekommenen Ausschreitungen in Ludwigshafen wird von zuständiger Seite ergänzend gemeldet: Die Demonstrationen richteten sich lediglich gegen die Knappheit und die fortwährende Teuerung der Lebensmittel. Die Demonstranten entsandten eine Abordnung zum Oberbürgermeister, der versuchte, beruhigend zu wirken. Er vermochte sich aber nur mit Mühe vor tätlichen Anrissen zu retten. Die entfesselte Menge drang in das Stadthaus ein und plünderte dort. Ebenso wurden in den Straßen der Stadt Geschäfte, darunter auch Spitzen- und Putzgeschäfte geplündert. Es muß auffallen, daß die französische Gendarmerie erst am Abend Gelegenheit nahm, einzugreifen. Sie stellte die Ruhe bald wieder her.

Trimborn gegen die rheinischen Sonderbündler.

Köln, 25. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) In einem Vortrage in Duisburg nahm der Vorsitzende der Zentrumspartei, Geheimrat v. Trimborn, scharf Stellung gegen die rheinischen Sonderbündeleien, mit denen die Partei keine Gemeinschaft habe. Er betonte ferner, daß die rheinische Bevölkerung für ewig beim deutschen Reich verbleiben solle. Mit Bezug auf die augenblickliche Regierungspolitik bemerkte der Redner, daß die Koalition der Regierungen keineswegs ein Bündnis der Ideen bezeichne, das jedermann bedauerte. Am Schlusse seiner Rede ging Abgeordneter Trimborn auch auf den Erzberger-Helfferichprozeß ein. Die Politik des Reichsfinanzministers Erzberger entspricht im allgemeinen den Anschauungen der Partei. Es versteht sich von selbst, daß sich die Partei nach Beendigung des Prozesses mit dessen Resultat befassen wird.

Englische Marineinfanterie in Konstantinopel.

WTB. Paris, 25. Febr. (Drahtnachricht.) Nach einer Pariser Meldung des „Petit Parisien" aus London ist in Konstantinopel ein Detachement englischer Marineinfanterie gelandet worden.

60 000 Streikende in Lyon.

WTB. Paris, 25. Febr. (Drahtnachricht.) Nach dem „Echo de Paris" streiken in Lyon 60 000 Arbeiter, weil sich dort noch andere Arbeiterklassen dem Eisenbahnerausstand angeschlossen haben.

Der tschechisch-bolschewistische Waffenstillstand.

WTB. Wladiwostok, 25. Febr. (Reuter.) Die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen den Tschechoslowaken und den Bolschewisten sehen vor: Zwischen der tschechischen Nachhut und der bolschewistischen Vorhut wird eine neutrale Zone eingerichtet. Die Bolschewisten werden den Tschechen Kohlen liefern und die Tschechen werden den Bolschewisten das Gold zur Verfügung stellen, das sie in Irkutsk bewachen. Die Tschechen werden den Antibolschewisten keinen Beistand leisten.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 25. Februar. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen kommt Dr. Alsberg nochmals auf die Schweizer Reise der Familie Erzberger zurück und betont, daß es sich bei den Ausstellungen des Angeklagten in diesem Falle nicht um persönliche Spitzen handle, sondern um die Tatsache, daß die Familie Erzberger in der Schweiz Aufwendungen machte, die in auffälligem Mißverhältnis zum Einkommen Erzbergers, wie es aus der Steuererklärung hervorgehe, standen. Nähere Angaben hierzu macht der Nebenkläger nicht. Zur Frage der mißbräuchlichen Ausstellung von Reiseausweisen nennt das Gericht noch einige Zeugen, doch wird dadurch kaum Klarheit darüber geschaffen, ob Erzberger selbst diese Ausweise unterschrieben hat oder nicht. Sodann werden

Steuerfragen

vom Nebenkläger angeschnitten. Er geht auf seine Stellungnahme zu den Steuervorlagen während des Krieges ein und betont, daß er stets den Standpunkt der schärfsten Steuerheranziehung vertreten habe. Seine prinzipielle Stellungnahme in der Frage der Kriegsgewinnbesteuerung sei die gewesen, daß das deutsche Volk froh sein müsse, wenn es mit ungemindertem Kapital aus dem Kriege hervorgehe. Aus diesem Grunde sei ihm die Kriegsgewinnsteuer Helfferichs als zu niedrig erschienen. Wie jemand aus dieser Stellungnahme die Folgen ziehen könne, er habe, wie Helfferich das behauptet, im Interesse Thyssens oder auch sonst im Privatinteresse seine Stellungnahme zu den Steuerfragen eingenommen, sei unverständlich.

Helfferich verharrt auch weiter auf seinem Standpunkt, daß Erzberger aus solchen Gründen einige der Firma Thyssen aus bestimmten Gründen unerwünschte Bestimmungen der Helfferichschen Steuergesetzgebung zu Fall gebracht hat. Eine längere Debatte knüpft sich an die Aussagen des Thyssenschen Generaldirektors Jakob, der u. a. bekundet, daß Thyssen für Kowarzsche Verfahren „Flüssige Luft" schon 1913 Gelder hergegeben und Erzberger darum gewußt habe. Der Helfferichtisch stellt dieser Aussage die gegenteiligen Bekundungen Erzbergers am 13. Verhandlungstage gegenüber, und Rechtsanwalt Dr. Alsberg nimmt diesen Punkt als weitere Stütze des dem Nebenkläger gemachten Vorwurfs. Die Geschäfte Erzbergers mit der Firma Wolf werden abermals behandelt. Erzberger bestreitet nochmals, an Geschäften teilgenommen zu haben. Ueber das holländische Kreditabkommen, zu dem Wolf hinzugezogen wurde zu Bedingungen, die Helfferich bemängelt habe, gibt der Bankdirektor Andreae Bekundungen. Er hat sich um die Erlangung der für den Kredit als Sicherheit geforderten leichtverkäuflichen Effekten bemüht, hat bei den Großbanken und bei privaten Banken keinen Erfolg gehabt, und so habe man Wolf herangezogen. Dieser hat 30 Millionen Mark Effekten dem Reiche im Wege des Lombardgeschäftes überlassen, aber im Hinblick auf die zu erwartende Kurssteigerung 40 Millionen verlangt und erhalten. Heute sind die damals hergegebenen 30 Millionen Effekten 60 Millionen wert. Es hat sich damals nicht allein um die Beschaffung der erwähnten 30 Millionen, sondern um die Lieferung von insgesamt 150 Millionen Mark Effekten gehandelt. Aber außer den 30 Millionen konnten keine weiteren Effekten beschafft werden, so daß der holländischen Gruppe bedauerlicherweise gesagt werden mußte, die gestellten Bedingungen könnten nicht erfüllt werden.

Der Zeuge steht das Geschäft als ein der Firma Wolf unbequemes an, namentlich steht er auf dem Standpunkt, daß die Verzinsung von 4 Prozent an das Reich im Hinblick auf die langwierige Bindung bei der Hergabe der Effekten für Wolf durchaus kein günstiges Geschäft war. Helfferich dagegen ist der Meinung, daß die Firma Wolf, die damals Industrieaktien in hohem Maße kaufte, um sich die Kontrolle über große Konzerne zu sichern, das Geld gut brauchen konnte, um weitere Einkäufe vorzunehmen.

Nach einer kurzen Pause wird

Erzbergers Rolle bei dem Altendiebstahl im Deutschen Flottenverein

behandelt. Erzberger hat in dieser Angelegenheit vor dem Untersuchungsrichter seinerzeit die Abgabe einer eidlichen Aussage mit der Begründung verweigert, er setze sich dadurch möglicherweise einer strafrechtlichen Verfolgung aus. Der Oberstaatsanwalt hat seinerzeit ausgeführt, Erzberger sei offenbar der Dieb der Akten bekannt, aber auf Grund seines obigen Einwandes werde er zur Aussage nicht gezwungen werden können. Erzberger erklärte, er sei nach dem Diebe gar nicht gefragt worden. Seine Zeugnisverweigerung sei erfolgt, weil er als immuner Abgeordneter dazu gar nicht verpflichtet war. Die Bemerkung, er setze sich möglicherweise strafrechtlicher Verfolgung aus, erklärte Erzberger damit, die Veröffentlichung der Akten bedeutete eine Verletzung des Urheberechts und deshalb habe er auf Anraten seines Rechtsanwaltes den Einwand erhoben.

Dr. Alsberg stellt dieser Behauptung die Ausführungen des Parteifreundes Erzbergers, des Kaplan Dasbach im damaligen Verfahren gegenüber, der sagte, das Material scheine

nicht auf ganz einwandfreie Art in Erzbergers Hände gelangt zu sein. Erzberger betonte, er habe niemals gewußt, daß ein Diebstahl in Frage käme. Immer wieder sei ihm versichert worden, daß die Abschriften der Schriften **nicht gestohlen worden seien. Dr. Alsberg richtet an Erz-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200226010/fragment/page=0001

berger die Frage, wofür dem Ueberbringer der Akten Jahnke denn Geld bezahlt worden sei. Der

Nebenkläger verweigert die Beantwortung dieser Frage!

Rechtsanwalt Dr. Alsberg gibt sie selbst aus einem Briefe, in dem erklärt wird, Jahnke habe Geld gebraucht und sei daher an Erzberger mit dem Angebot herangetreten, ihm wichtige Dokumente gegen Geld zu besorgen, und Erzberger sei darauf eingegangen. Der Nebenkläger erklärt, hierauf

eine Antwort nicht geben zu können.

Dr. Alsberg zitiert darauf einen Brief, in dem gesagt wird, Erzberger habe gewußt, daß die Akten von einem Diebstahl herrühren, und er habe sich dadurch

zum Hehler gemacht.

Morgen wird der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vernommen werden. Der Vorsitzende hat aber bereits heute seinen festen Entschluß bekundet, daß er nicht gestatten werde, daß die Debatte in eine große Rechtfertigung irgend welcher Politik ausarte.

Der Dementierapparat an der Arbeit.

WTB. Berlin, 25. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Der „Berl. Lok.-Anz." und die „Deutsche Zeitung" behaupten in eigenartiger Uebereinstimmung, daß die Broschüre, in der die unter schwerstem Vertrauensbruch aus dienstlichen Akten entwendeten Steuerdeklarationen Erzbergers photographiert worden waren, auf direkte Anordnung des Staatskommissares für öffentliche Sicherheit beschlagnahmt worden seien. Es wird hiermit festgestellt, daß der Staatskommissar lediglich die ihm vom Reichsfinanzministerium zugegangene Mitteilung über die bevorstehende Verbreitung dieser Broschüre pflichtgemäß an die in dieser Angelegenheit zuständige Staatsanwaltschaft weiter geleitet hat. Auf diesen Akt beschränkte sich die Mitwirkung des Staatskommissariats. Alle weiteren Schritte sind lediglich von der Staatsanwaltschaft ausgegangen.

Der Reichsschulausschuß.

WTB. Berlin, 25. Februar. (Drahtnachricht.) Die Verhandlungen des Reichsschulausschusses wurden am Mittwoch zu Ende geführt. Ueber die Tagung des Ausschusses für Neuordnung der deutschen Rechtschreibung berichtete Geheimer Regierungsrat Dr. Karstädt vom preußischen Kultusministerium und Professor Dr. Saran aus Erlangen. Unterstaatssekretär Schulz stellte fest, daß der Reichsschulausschuß in seiner Entscheidung frei sei, besonders hinsichtlich des Ausmaßes der Neuordnungen. Geheimer Regierungsrat Eürich begründete sodann einen vom Reichsministerium des Innern vorgelegten Gesetzentwurf über die Lehrerbildung.

Neue Ententefrechheit in Oberschlesien.

Die „Tägliche Rundschau" meldet aus Breslau, daß die Besetzungskommission in Ueberschreitung ihrer Befugnisse angeordnet hat, daß die Stadt Hindenburg wieder Zabrze heißt.

Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nächst dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß die höchste Instanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat nach dem „Vorwärts" gestern folgende Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten beschlossen:

1. Das Gesetz über Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, in den Betrieben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben. Die Gewerkschaften sind daher in hohem Maße daran interessiert, daß bei den ersten Wahlen zu den Betriebsvertretungen (Betriebsräten, Betriebsobmännern, Betriebsausschüssen, Arbeiter- und Gesamtbetriebsräten) möglichst zahlreiche gewerkschaftliche Vertreter gewählt werden. Es ist deshalb Pflicht aller Gewerkschaften des A. D. G. B., ihre ganze Kraft auf die erfolgreiche Durchführung dieser Wahlen zu konzentrieren.

2. Die

Neigung, diese Wahlen zu einer Machtprobe politischer Parteikämpfe

zu machen, ist für die Wirksamkeit der Betriebsräte, die eine rein praktisch-wirtschaftliche sein soll, und für die wirklichen Arbeiterinteressen höchst nachteilig; die Gewerkschaften ersuchen, alle politischen Einflüsse von diesen Wahlen möglichst fernzuhalten. Notwendige Versammlungen sind nur von gewerkschaftlicher Seite einzuberufen. Bei Veröffentlichungen sind lokale Arbeiterblätter der verschiedensten Richtungen gleichmäßig zu benutzen.

3. Die allgemeinen Vorbereitungen für die Wahlen werden zweckmäßig durch den Ortsausschuß des A. D. G. B. (Gewerkschaftskartell) getroffen. Derselbe verständigt sich mit den in Betracht kommenden Einzelgewerkschaften über die in seinem Bezirk notwendigen Maßnahmen, leitet die Agitation, gibt die Drucksachen heraus und sorgt für die Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

4. In Orten, wo kein Ortsausschuß vorhanden ist, bilden die daselbst domizilierenden Gewerkschaften für diese Wahlen einen gemeinsamen Wahlausschuß.

5. Bei besonders gelagerten Berufsverhältnissen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau) kann die Wahlvorbereitung den für diese Berufe zuständigen Gewerkschaften nach vorheriger Verständigung über das erforderliche Zusammenwirken mit dem Ortsausschuß überlassen werden.

6. Bei den Wahlen zu diesen Betriebsvertretungen ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des A. D. G. B. notwendig.

Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden.

Dagegen ist eine Verständigung mit den Ortskartellen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), der auch unsere Angestelltenverbände angehören, zweckmäßig, um Wahlunstimmigkeiten auszuschließen.

7. Für die Gewerkschaften des A. D. G. B. ist der größtmöglichste Wahlerfolg gesichert, wenn die Stimmabgabe nicht durch verschiedene Vorschlagslisten aus ihren Reihen zersplittert wird. Eine Verständigung mit den vorhandenen Strömungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses über gemeinsame Vorschlagslisten ist deshalb in jedem Fall anzustreben. Eine solche Verständigung ist aber nur möglich auf dem Boden der Nürnberger Kongreßbeschlüsse.

8. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

9. Die aufzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A. D. G. B. angehören, oder wenn sie Angestellte sind, einer der Afa angeschlossenen Organisation. Bei der Auswahl darf

nicht die politische Richtung der Gewerkschaftsmitglieder maßgebend

sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und moralische Festigkeit entscheiden.

Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste diesen Grundsätzen entsprechend aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem A. D. G. B. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen. Voraussetzung für diese Verpflichtung ist jedoch, daß die Aufstellung der Kandidaten erfolgte ohne Rücksicht auf ihre politische Anschauung und ohne daß sie zu einer Erklärung darüber genötigt wurden, wie sie sich zur Räteorganisation oder zu einer sonstigen politischen Tagesfrage stellen.

10. Besondere Organisationen der Betriebsvertreter und besondere Beitragserhebungen für Aufgaben der Betriebsvertretungen sind nicht zulässig. Dagegen ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation, und Aufgabe des Ortsausschusses, die Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Versammlungen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und mit den nötigen Informationen und Instruktionen zu versehen.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 25. Febr. 121. Sitzung. In dritter Lesung wird der Gesetzentwurf betreffend die Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Hohenlimburg und Schwerte angenommen.

In zweiter und dritter Beratung wird der Gesetzentwurf betreffend steuerliche Vorrechte der eingemeindeten Ortsteile auf Antrag des Gemeindeausschusses mit der Aenderung angenommen, daß die rückwirkende Kraft nicht bis zum 1. Oktober 1919, sondern bis zum 1. April 1919 bestimmt wird.

Darauf folgen die

namentlichen Abstimmungen

über die zur Höchstmietenverordnung gestellten Anträge. Der Antrag der Demokraten, wonach die Verordnung schleunigst der Landesversammlung zur Nachprüfung ihrer Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit vorgelegt werden soll, wird mit 180 gegen 70 Stimmen der Antragsteller und der Rechtsparteien abgelehnt. Der Antrag Konradt (Dn.), der darüber hinaus verlangt, daß die ergangenen Ausführungsbestimmungen durch solche ersetzt werden, die gleichmäßig den Interessen der Mieter wie auch denen der Vermieter gerecht werden, wird mit 186 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums, die Verordnung der Landesversammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen, wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, der die Regierung ersucht, die Reichsregierung zur schleunigen Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

und zur Regelung des Dirnenwesens zu veranlassen.

Abg. Dr. Struve (Dem.) empfiehlt den Antrag namens des Ausschusses. Im Interesse einheitlicher Bestimmungen für die deutsche Volksgesundheit verzichte Preußen auf die landesgesetzliche Regelung. Es ist dringend notwendig, daß die Geschlechtskrankheiten energisch bekämpft werden. Das Uebel ist weit schlimmer, als die Oeffentlichkeit annimmt.

Abg. Graef-Frankfurt (Soz.): Es sollten alle Aerzte in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgebildet werden.

Abg. Frau Faßbender (Ztr.): Mit Gesetzen allein ist es nicht getan. Unserem Volke muß der Sinn für Reinheit wiederkommen. Auf der Straße, im Kino und im Theater macht sich das Laster breit. Wir begrüßen den Antrag, bei dem allerdings die Frage der Anzeigepflicht noch streitig ist. Man soll die Richtlinien dem Reichstag unterbreiten, damit möglichst bald ein brauchbares Reichsgesetz zustande kommt.

Abg. Regenborn (Dn.) empfiehlt einen Antrag Bronisch, der das Wohlfahrtsministerium ersucht, schleunigst mit den zuständigen Staats-, Kirchen- und Schulbehörden, sowie den Vereinen in Verbindung zu treten, um über geeignete Maßnahmen ethischer und pädagogischer Art zur Bekämpfung der Prostitution, sowie zur Hebung des Anstandes im Volke zu beraten und der Landesversammlung entsprechende Vorlagen zu unterbreiten.

Abg. Dr. Wenk (U. S.) fordert die Einführung einer allgemeinen gleichen Anzeigepflicht. Wenn die Anzeigepflicht fällt, ist die ganze Vorlage für uns wertlos.

Abg. Dr. Struve (Dem.): Der Ausschuß hat die Anzeigepflicht zwar in die Richtlinien aufgenommen. Es sprechen aber so starke Bedenken dagegen, daß meine Freunde diesen Punkt ablehnen werden.

Abg. Stendel (D. Vpt.): Wir sind gegen die Anzeigepflicht. Im übrigen stimmen wir den Grundsätzen zu, wobei wir allerdings in manchen Einzelheiten Bedenken zurückstecken. Die Anzeigepflicht würde nur dem Kurpfuschertum Vorschub leisten.

Der Ausschußantrag wird mit allen Richtlinien unverändert angenommen, der Antrag Bronisch an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik verwiesen.

Der Antrag Schilling (Ztr.) auf

Beschäftigung von Kriegsbeschädigten im Staatsdienst

wird nach dem Antrage des Ausschusses durch den entsprechenden Beschluß der Landesversammlung für erledigt erklärt. Ebenso der Antrag Heß (Ztr.) auf Erhöhung der Teuerungszulagen im besetzten Gebiet, da inzwischen ein großer Teil der Gemeinden in höhere Teuerungsklassen eingereiht sind und nach den Erklärungen des Finanzministers fortlaufend eine Nachprüfung der Verhältnisse stattfindet.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Anträge.

Schluß gegen 6 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Beamtendienstzeit in Bayern.

WTB. München, 25. Febr. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das bayerische Gesamtministerium erläßt im Benehmen mit dem bayerischen Beamtenbund eine Bekanntmachung, durch die die Dienstzeit bei allen Staatsbehörden auf 48 Stunden wöchentlich ausgedehnt wird. Um dabei der Beamtenschaft die Errungenschaft des freien Sonnabend-Nachmittags zu erhalten, sollen die Dienststunden in der Regel so verteilt werden, daß an den ersten fünf Wochentagen 8½, am Sonnabend 5½ Stunden gearbeitet wird.

Massenaustritt von Lehrern in Elsaß-Lothringen.

Berlin, 25. Februar. Der „Lok.-Anz." läßt sich aus Straßburg melden, daß 400 altdeutsche Lehrer und Lehrerinnen aus dem Lehrkörper der elsaß-lothringischen Volksschule ausgeschieden sind und 600 altelsässische Lehrer und Lehrerinnen infolge der schlimmen Behandlung der Franzosen ihre Stellung verlassen haben. Dagegen sollen eintausend Lehrpersonen aus Frankreich eingewandert sein.

Ausland.

Der rumänische Rückzug an der Theiß.

WTB. Budapest, 25. Febr. Heute beginnt die Räumung des von den Rumänen besetzten Gebietes jenseits der Theiß. Bis Mitte März wird das Gebiet bis zur Linie Vasaros—Namenny, Debreczin, Püspök—Ladany, Mezö—Tur, Hodmezö—Vasarhely evakuiert. Die Räumung des übrigen Gebietes bis zur sogenannten Clemenceauschen Demarkationslinie ist bis Ende März zu erwarten. Die ungarischen Truppen übernehmen die Besetzung des geräumten Gebietes in der Weise, daß zwischen den ungarischen und den rumänischen Truppen stets eine neutrale Zone von sechs bis zehn Kilometern Breite bleibt. Die Zivil- und Militärbehörden haben alle Maßnahmen getroffen, um in den freiwerdenden Gebieten die gesetzliche Ordnung zu sichern.

Unruhen in Italien.

WTB. Paris, 25. Febr. „Temps" meldet aus Rom, daß in Brescia Unruhen ausgebrochen sind. Es sei anzunehmen, daß der Generalstreik bevorstehe.

Schwere Verurteilung eines Sinnfeiner-Führers.

WTB. Rotterdam, 25. Febr. Wie „Nieuwe Courant" aus London meldet, ist das Sinnfeiner-Unterhausmitglied Robert Barton wegen Aufforderung zu Gewalttaten durch das Gericht in Dublin zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Sommerzeit in England.

WTB. London, 24. Febr. (Reuter. Unterhaus.) Der Staatssekretär des Innern teilte mit, daß die Sommerzeit am 28. März beginnt und am 29. September endet.

Ein neues Kabinett Denikins.

London, 25. Februar. „Daily Telegraph" meldet aus Dowo-Rossijsk vom 18.. Denikin habe ein neues demokratisches Kabinett unter Melnikoff als Premierminister gebildet. Melnikoff war früher Präsident der Versammlung des Don-Gebietes.

Aus der demokratischen Bewegung.

Demokratischer Schulausschuß.

Die Bildung eines besonderen Schulausschusses der Deutschen Demokratischen Partei hat sich als ein Bedürfnis herausgestellt. Ihm sollen alle Fragen, die sich auf die Schule beziehen, sowohl auf die Volksschule wie auf das höhere Schulwesen, zur Vorbereitung überwiesen werden. Die Bildung dieses Schulausschusses ist schon deshalb erforderlich, damit ein besonderer Ausschuß vorhanden ist, der eigene Vertreter zur Reichsschulkonferenz entsenden kann. In den anderen Parteien haben sich zum Teil die Lehrer schon zu besonderen Organisationen zusammengeschlossen und für eine entsprechende Vertretung auch in der Reichsschulkonferenz gesorgt. An diesem Donnerstag findet eine gemeinsame Besprechung der Lehrer aus den demokratischen Fraktionen der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung statt, um über die vorbereitenden Schritte für die Bildung des Schulausschusses zu beraten. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird sich in der nächsten Sitzung ebenfalls mit dieser Frage beschäftigen. Es erscheint notwendig, die Angelegenheit dringend zu betreiben, da die Einberufung der Reichsschulkonferenz in absehbarer Zeit bevorsteht.

Halle und Umgebung.

Halle den 26. Februar 1920.

Provinzialtagung der Landwirte.

Mittwoch, vormittags 11 Uhr, fand im Walhalla-Theater die Zentralversammlung der an den Hauptverein angeschlossenen landwirtschaftlichen Vereine der Provinz Sachsen statt. Es war ein gewaltiges Aufgebot von Landwirten, das sich dort aus allen Teilen unserer Provinz zusammenfand. Selbst aus den entlegenen Kreisen des Eichsfeldes und der Altmark waren die Landwirte in beträchtlicher Zahl erschienen. Insgesamt machten es mehr als 3000 sein. Oekonomierat Wesche-Raunitz leitete die Verhandlungen. Er führte aus, wie die Landwirtschaft sich beim Hereinbruch der Revolution und ihren Folgeerscheinungen als die festeste Stütze der Regierung erwiesen habe. Ohne Rücksicht auf eine Partei sei der Landbund geg ründet worden. Täglich mehre sich der Zulauf zu den landwirtschaftlichen Vereinen. Wenn auch die Verhältnisse in unserem Vaterlande "heraus traurig lägen, so schaue doch die Landwirtschaft voll festen Vertrauens in die Zukunft, daß sie durch ihre Arbeit dem deutschen Volke die Grundlage geben werde, auf der es sich wieder emporarbeiten könne.

Landsökonomierat Dr. Rabe berichtete über den gegenwärtigen

Stand des landwirtschaftlichen Vereinswesens und des Zusammenschlusses der Landwirtschaft in der Provinz Sachsen.

Der Zentralverein sei der Sammelpunkt aller Bestrebungen der Landwirtschaft von jeher gewesen. Einrichtungen, die den Ruhm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200226010/fragment/page=0002

unserer Landwirtschaft bilden, wie die Landschaft, das Landwirtschaftliche Institut, die agrikulturchemische Versuchsanstalt, die Landwirtschaftskammer usw. geben auf Anregung des Zentralvereins zurück. Auch die neue Schöpfung: der Landbund als Zweckverband. Er will die Erzeugung fördern, die Steuerpolitik überwachen, auf Abbau der Zwangswirtschaft hinwirken und frei von behördlicher Beeinflussung eine reiche Tätigkeit im Dienste unseres Vaterlands entwickeln. Der Zusammenschluß der Landwirtschaft knüpft an die landwirtschaftlichen Vereine und an die Genossenschaften. Das Vereinswesen, das dezentralisiert werden müsse, solle die einzelnen Landwirte in ihren Ortsvereinen zusammenbringen und eine gewaltige Masse schaffen, wenn es gilt, mit der modernen Waffe, dem Stimmzettel, zu kämpfen. 280 Vereine mit 37 000 Mitgliedern gehören dem Zentralverband an und täglich kommen neue, sodaß bald mit etwa 50 000 Mitgliedern zu rechnen sei. Die Not zwingt die Landwirtschaft zur Einigkeit. Die Landwirtschaftskammer muß sorgen, daß, wenn Mittel zur Förderung der Landwirtschaft bewilligt werden, die Vereine die richtige Verteilung übernehmen. In erster Linie müssen sich die Vereine aber auf die eigene Kraft stellen. Dazu gehört eine gut geleitete Fachpresse, deren Kosten leider jetzt so gestiegen sind, daß die Landwirtschaftskammer etwa 90 000 Mark wird zuschießen müssen. Die Gründung der Kreisbauernschaften ist eine wichtige Neueinrichtung, nachdem die Kreistage und Kreisausschüsse als Berufsvertretung ihren Charakter verloren haben. Im Provinziallandtag sitzen nur elf Landwirte. Auch hier müssen sich die Landwirte durch ihre Organisationen stärker zur Geltung bringen. Hauptziel aller Bestrebungen ist, dem deutschen Boden soviel abzuringen, daß alle Schichten im deutschen Vaterlande leben und arbeiten können. Nur so behält der Landwirt die Freude an der Scholle, die Industrie kommt wieder in Gang und die Liebe zum Vaterland wächst.

Unterstaatssekretär v. Braun-Berlin sprach über die

Lage und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft.

Sachsen ist seit langem das landwirtschaftliche Kulturzentrum Deutschlands. Da wird die Provinz besonders dazu helfen wollen, die Erzeugung zu steigern. Hundert Millionen Menschen haben im Kriege nicht für die Erzeugung, sondern für die Zerstörung gearbeitet und sie haben 1200 Milliarden Einkommen gehabt, ohne Werte zu erzeugen. Daher das Elend überall. Durch Arbeit können wir allein allmählich das Versäumte nachholen. Diesen Grundsatz lehrt auch der Landwirtschaftsminister Braun, aber er handelt ebensowenig danach, wie die Sozialdemokratie überhaupt. Deutschland ist die Blockade los, aber die Verhältnisse sind schlimmer geworden. Die Getreideausmahlung hat verschärft, die Brotration hat abgesetzt werden müssen. Und dennoch weiß die Reichsgetreidestelle noch nicht, wie sie unser Volk bis zur Ernte durchbringen soll. Mit der Kartoffelernährung steht es noch schlimmer. Schuld trägt die Regierung, deren Maßnahmen die Arbeitsleistungen einschränken, Landarbeiterstreiks veranlaßten usw. Stadt und Land müssen sich vereinigen und Vereinbarungen in den Ernährungsfragen treffen. In richtiger Erkenntnis will der deutsche Städtetag den

Abschluß von Lieferungsverträgen

für Kartoffeln propagieren. Mit einem Kopfsprung kommen wir nicht von der Zwangswirtschaft los in die freie Wirtschaft hinein das würde schwerste Gefahren bringen. Auf regulärem Wege durch Lieferungsverträge, nicht durch Schleichhandel und Kriegsgesellschaften, müssen die Verbraucher Nahrungsmittel erhalten.

Der zweite Weg ist der Bezug aus dem Auslande. Um eine Million Tonnen Mais aus Argentinien habe ich mich bereits bemüht; denn mit unseren Futtermengen können wir die Milch- und Fleischwirtschaft nicht hochbringen und die Zwangswirtschaft endlich beseitigen. Für die Fleischversorgung ist sie allerdings schon zusammengebrochen. Wir wollen Schweinemastverträge abschließen, damit wir ein Jahr lang unsere Rinderbestände schonen können. Mit jenen 1 Million Tonnen Mais können wir 5 Mill. Schweine mästen und dreiviertel Jahr lang 200 Gramm Fleisch täglich geben. Ich rechne dabei auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften, um die Mastverträge unterbringen zu können. Wie kommen wir bis zur Ernte durch? Die Landwirtschaft kann bis August nicht das Durchkommen garantieren, aber sie kann es erleichtern. Landwirte liefert alles ab, was irgend ablieferbar ist! Aber freilich muß die Regierung in der Getreidewirtschaft ihre unsinnigen Grundsätze fallen lassen. 400 Mark Roggenpreis entspricht nicht mehr dem Geldwert.

Vor vierzehn Tagen sah ich, wie diesseit der holländischen Grenze die Tonne Roggen mit 400 Mark bezahlt wurde und wie um dieselbe Zeit die deutsche Regierung jenseit der Grenze in Holland die Tonne Roggen mit 10 000 Mk. kaufte.

(Große Entrüstung.) Das ist Wahnsinn. Für die Winterfrucht ist leider nicht mehr viel zu machen. Höchstens könnte Kopfdüngung helfen. In vielen Provinzen steht die Winterfrucht zudem schlecht. 25 Prozent der für Winterfrucht bestimmten Flächen ist nicht bestellt. in der Provinz Sachsen stehts ja darin besser. Der Kartoffelbau muß uns etwas aus der Misere heraushelfen, aber auch da macht das Saatgut Schwierigkeiten. Düngemittel fehlen. Die Kali- und Stickstoffabriken sollten zwar an erster Stelle mit Kohlen beliefert werden, aber die Verordnung blieb auf dem Papier. Tritt da nicht sogleich eine Besserung ein, so ist auch für die Frühjahrsbestellung nicht mehr viel zu hoffen. Mit der Verringerung der Arbeitszeit bleibt natürlich eine Hebung der Erzeugung ausgeschlossen; ehe die Landarbeiter nicht das einsehen, ist alle Hoffnung vergebens. Das Betriebsrätegesetz für die Landwirtschaft war eine große Gedankenlosigkeit, denn das Wetter wartet nicht, bis der Betriebsrat beschlossen hat.

Am meisten aber schädigt die Zwangswirtschaft unsere Produktion. Sie hat erreicht, daß die Anbauflächen für Brotgetreide um 1,3 Millionen Hektar, für Kartoffeln um 660 000 Hektar, für Rüben um 120 000 Hektar zurückgegangen sind, dafür sind Wiesen um 730 000 Hektar, Klee 330 000 Hektar, andere Futtermittel um 280 000 Hektar gestiegen. Also Lebensmittelverbesserungen für das Vieh, aber nicht für die Menschen.

Nicht Höchstpreise, sondern Mindestpreise

sind geeignet, die Landwirtschaft leistungsfähiger zu machen. In Frankreich und Nordamerika hat man bereits im Kriege zu diesen Mitteln gegriffen und die Weizenanbaufläche ist stark gestiegen. Die Landwirtschaft braucht gleitende Preise, die sich der Verteuerung ihrer Produktion durch Preiserhöhungen für Kohle, Eisen, Webstoffe usw. anpassen. Wenn z. B. der Preis der Kohle 120 Mk. beträgt und der Kartoffelpreis 25 Mk., so müßte, sobald sich der Kohlenpreis auf 240 Mk. steigert, auch der Kartoffelpreis auf 50 Mk. je Zentner steigen. Ich halte es allerdings nicht für richtig, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit dem Weltmarktpreis gleichzusetzen. Das würde eine heillose Verwirrung und eine Preissteigerung der landwirtschaftlichen Grundstücke ins Ungeheuerliche bedeuten und eine große Hungersnot herbeiführen. Die Lebensmittel würden an die Stätten abfließen, wo die Kriegsgewinnler wohnen. Ich weise darauf hin, daß die Landwirtschaft vor einer abermaligen Verteuerung des Stickstoffs steht. Die Stickstoffpreise sollen um 100 Prozent erhöht werden. Wie kann man da dem Landwirt das Risiko zumuten, daß er sein Geld in teure Düngemittel steckt, ohne Gewähr zu haben, daß er seine Ausgaben wieder hereinbringt. Durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung sind wir jetzt dahin gekommen, daß gegenüber dem Friedensstand, die abgetretenen Gebiete nicht eingerechnet, 13½ Millionen Menschen weniger ernährt werden können. Weiter: die abgetretenen Gebiete ernährten nicht nur ihre eigene Bevölkerung, sondern noch 6½ Millionen Volksgenossen dazu. Wir haben also im gegenwärtigen Deutschland für 20 Millionen Menschen keine Nahrung. Das sieht schier verzweifelt aus. Aber etwas tröstlicher zeigt sich die Sache doch, wenn wir uns vor Augen halten, wie üppig und verschwenderisch wir vor dem Kriege gelebt haben. Den Rieselfeldern von Berlin flossen wöchentlich pro Kopf der dortigen Bevölkerung 180 Gramm Fett durch die Kanäle zu. Das ist das Doppelte von Fett, was wir gegenwärtig kriegen sollen, aber meist nicht kriegen. Also es lassen sich ganz unglaubliche Mengen von Nahrungsmittel einsparen gegenüber der Friedenszeit. Aber die Regierung muß endlich ein Einsehen haben. Die unsinnigen Maßnahmen müssen aufhören, sonst versinkt alles in Hunger und Elend.

Wie steigern wir die Erzeugung? Die Regierung ist hinsichtlich der Kohlenförderung jetzt selbst den richtigen Weg gegangen. Sie sagte sich auf der Konferenz in Essen: Kosten mag es was es wolle, nur mehr Kohlen, und vereinbarte zu hohen Preisen Ueberschichten. Der Bergmann dort mag sich jetzt infolge der Ueberschichten auf 50 bis 60 Mk. pro Tag stehen. Aber der Landwirtschaft gegenüber kommt man natürlich mit einem anderen Maßstab. In der Regierung sitzen überhaupt keine Landwirte und im Parlament nicht genügend. Resolutionen helfen nichts, sondern allein die Einheitsfront der Landwirte. Streiken wollen wir natürlich nicht, aber verlangen, daß der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, mehr zu erzeugen. Ohne die Landwirtschaft können wir nicht in unserer Volkswirtschaft gesunden. Sie allein kann uns unabhängig von der Knechtschaft des Auslandes machen. Die Landwirtschaft ist der letzte Rettungsanker unseres Volkes. Mit ihr entscheidet sich Deutschlands Schicksal. Wir Landwirte wissen, daß wir mit diesen Forderungen nicht unser Berufsinteresse, sondern das Interesse des ganzen Volkes vertreten.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, worin verlangt wird:

1. **alle Gesetze aufheben, die die Landwirtschaft einengen;**
2. **Eigentum und Erbrecht an den Arbeitsmitteln unangetastet lassen;**
3. **Betriebsstoffe in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen.**

Danach sprach Landrat a. D. v. Wilmowski-Marienthal über das Thema: „Welche Gefahren drohen der deutschen Landwirtschaft und dem deutschen Volke durch die Bestrebungen auf weitere

Verkürzung der Arbeitszeit

in der Landwirtschaft?"

Die Einführung des Acht-Stundentages ist eine Maßnahme der Revolutions-Regierung. Die Höchstarbeitszeit des landwirtschaftlichen Arbeiters soll 2900 Stunden im Jahre betragen. Der Gesetzgeber will, daß unter keinen Umständen länger gearbeitet werde. Die landwirtschaftlichen Arbeiter verlangen auch diese Zahl noch herabgesetzt auf 2600 Stunden. Der Tarif, der am 1. April in Kraft treten soll, sieht 2650 Stunden zuzüglich 50 Pflichtüberstunden vor.

An sich ist das Bestreben der Arbeiterschaft nach verkürzter Arbeitszeit verständlich; doch läßt sich die Verkürzung jetzt nach einem verlorenen Kriege nicht mit einem Schlage durchsetzen. In der Arbeiterschaft besteht auch wenig Neigung, den Ausfall von 250 Stunden durch Ueberstunden wettzumachen, weil die Theorie vom Achtstundentag den Leuten immer wieder in die Köpfe gehämmert wird. Hinzu kommt noch, daß man den Weg zur Arbeitsstätte mit in die Achtstundenzeit einbeziehen will.

Die Folgen der verkürzten Arbeitszeit zeigen sich auch im laufenden Wirtschaftsjahre. Die Wintersaat hat nicht in dem geplanten Umfange und nicht rechtzeitig erledigt werden können. Die Ersetzung des Ausfalls durch Sommersaat, ebenso das Hacken und die Einbringung der Ernte werden sich äußerst schwierig gestalten. Das Anlagekapital des Landwirts liegt schon heute vielfach brach. Man begegnet dem Einwand, daß man mehr Arbeitskräfte einstellen könne. Woher sollen diese genommen werden? Woher soll Ersatz für die 150000 Polen, die alljährlich in unserer Provinz arbeiteten, beschafft werden? Im vorigen Jahre waren 10 000 Städter zur Aushilfe aufs Land gekommen. Wir benötigten in Zukunft wenigstens 40 000; werden sie kommen? Woher sollen auch Wohnungen für eine größere Zahl von Arbeitskräften genommen werden? Die Verringerung der Arbeitsleistung durch die geringere Arbeiterzahl und Verkürzung der Arbeitszeit zwingt dem Landwirt zur extensiven Bewirtschaftung, und diese Notwendigkeit schließt eine unmittelbare und dauernde Gefahr ein. Die Folgen werden sein geringere Produktion, Verminderung der Kaufkraft des Geldes, des Lohnes und allgemeine Verelendung.

Die Landwirte müssen der drohenden Not steuern durch eine vernünftige Arbeitgeberpolitik, die durch dem Arbeiter die ihm zustehenden Rechte gewährleistet, durch Ausbau der Wohlfahrtspflege und des Deputats. Die Landarbeiter müssen die Einsicht der Bergarbeiter gewinnen, die sich neuerdings zu Ueberstunden bereit erklären. Von der Regierung ist keine Hilfe zu erwarten. Mit ihrem parteipolitischen Programm kann sie keine praktische Wirtschaftspolitik treiben. Die Ernährungslage wird sich für die kommenden Monate immer trostloser gestalten. Die Stadtverwaltungen sehen ein, daß sie nur im direkten Verkehr mit der Landwirtschaft die Ernährung ihrer Bewohnerschaft halbwegs sichern können und schließen deshalb Lieferungsverträge ab.

Diese Versammlung kennzeichnet sich als eine große Arbeitswilligendemonstration im Gegensatz zu so vielen Demonstrationen Streikender, Arbeitsunwilliger. In dem großen Zusammenbruch sind die ungebrochene Triebkraft des Unternehmers, die Arbeitslust des deutschen Bauers die einzigen Aktiva. Hoffen wir, daß die Volksgenossen, die Landarbeiter zur Einsicht kommen und ihre Mitarbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes nicht verweigern.

Redner verlas eine Entschließung, welche zum Ausdruck brachte, daß eine weitere Kürzung der Arbeitszeit die schwerste Schädigung der Landwirtschaft und damit des ganzen Volkes mit sich bringen müsse, daß kein Gegensatz der Interessen bestehe zwischen landwirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter, daß Reformen nicht mit Gewalt durchführbar seien, daß man die Verzichtleistung der Arbeiterschaft auf unmögliche Forderungen erwarte, da das parteipolitische Programm an den harten Tatsachen zerschelle.

Die Versammlung nahm die Entschließung einstimmig an. Da sich keine Redner zu Erwiderungen meldeten und auch keine Anträge gestellt wurden, schloß der Leiter die Tagung.

Das Konzert von Lula Mysz-Gmeiner

sollte am Dienstag neben dieser Kammersängerin von Ruf den Pianisten Leonid Kreutzer dem Publikum näher bringen. Der Künstler war indessen nicht erschienen und an seiner Stelle spielte Herr Professor Eduard Behm-Berlin bereitwilligst einige Klavierwerke. Er begann mit dem in Technik wie Auffassung vortrefflichen Vortrag der Händelschen „Passacaglia", ließ Beethovens „Andante in F" voller Stimmung aufblühen, goß dann über Chopins As-dur-Etüde den Wohllaut maßvoller Gegensätze aus und beschwichtigte schließlich den sehr starken Beifall durch die innig schlichte Wiedergabe von Chopins F-moll-Nocturno. Im übrigen zeigte sich der durch die ungekünstelte Echtheit seiner Musikalität erfolgreichere Klavierkünstler als Komponist der Lieder „Ich bin eine Harfe", „Marienbild" und „Nachtgeschwätz" in den gediegenen Bahnen vornehm empfundenen, sinnigen, abgerundeten Notensatzes. Seine Kompositionen gefielen gut, die letztgenannte mußte sogar wiederholt werden. Am Flügel von Prof. Behm feinfühlig begleitet, sang Lula Mysz-Gmeiner die Lieder mit tiefgehender Erfassung ihres gedanklichen und musikalischen Inhaltes. Die so seltene seelische Intensität der plastischen Darstellung bildet überhaupt den überwiegenden Vorzug ihrer reifen Gesamtleistungen. Mochte Lula Mysz-Gmeiner Schumanns „Nußbaum" seine süßen Geheimnisse flüstern lassen, mochte sie desselben Tondichters „Jemand" bis zur schönsten Innigkeit steigern, mochte sie in seinem „Waldgespräch" den Eindruck schließlich in Schaurigkeit konzentrieren — die Stimmung war in jedem Falle bestens getroffen und fand unwiderstehlichen Ausdruck. In derartiger Ausführung packte Löwes „Erlkönig" durch die Güte der deklamatorisch-klanglichen Gegensätze, während man in seinem „Mummelsee" geradezu die Nebel steigen und den Morgenstrahl dämmern zu sehen vermeinte. Die Scherzhaftigkeit der „wandelnden Glocke" kam zu reinem Gelingen, Löwes „Mädchen sind wie der Wind" war gebadet in tändelnde Frische der Darstellung. Der sinnliche Klangreiz des großen Organes an sich trat dagegen zurück, weil mancher Ton, zumal in den höheren Lagen nicht mehr ganz den Glanz von ehedem aufwies, auch nicht mehr dieselbe Leichtigkeit der Produktion. Die Aussprache war dagegen wieder großartig und der Gesamterfolg so groß, daß es ohne viele Zugaben nicht abging. Dr. K. B.

Warnung an Auswanderungslustige. Der deutsche landwirtschaftliche Ansiedlungsverein für Argentinien in Hamburg hatte Argentinien als Zielland in Aussicht genommen. Seine im Sommer 1919 nach dort ausgereiste etwa 100 Köpfe zählende Vorkommission erlebte in Argentinien große Enttäuschungen und zerstreute sich. Neuerdings plant der Verein für Brasilien eine gleiche Unternehmung. Die Leiter des Vereins haben sich der belehrenden Aufklärung unzugänglich gezeigt, auch fehlt ihnen die Sachkunde zur erfolgreichen Durchführung eines solchen Unternehmens; dazu ist die finanzielle Grundlage ganz unzugänglich, sodaß Landesunkundige schwer getäuscht und geschädigt werden müssen. Vor einer Beteiligung an dem Unternehmen wird dringend gewarnt.

Die Kammerlichtspiele warten in dieser Woche mit einem Programm auf, dem jeder einmal 2 Stunden opfern kann. Dafür bürgen schon die Namen Ferdinand Bonn und Hanny Weiße, die in dem Film „Leichtsinn und Lebewelt" nebst einigen anderen weniger bekannten Filmschauspielern die Hauptrollen in der Hand haben. Der Film entrollt vor uns das Bild jener üppigen, luxuriösen und innerlich doch so faulen Welt, wie sie jede Großstadt in den Salons zahlreicher Mondainen aufweisen kann. Eine solche Mondaine ist auch die Gräfin Monrichart, die ehemalige Gräfin Warnsterff, die einst ihren Gatten hintergangen hat und deshalb von ihm verstoßen wurde. Aber eine große Liebe schlummert noch in der Brust dieser kalten, gefühllosen Frau, die Liebe zu ihrem Kinde, das ihr Mann, wohl verborgen vor den Augen der Welt, als die unscheinbare Dagmar Rasmussen aufziehen läßt. Das Schicksal soll bittere Rache an der Gräfin Monrichart nehmen. Sie geht schließlich, von ihrer eigenen Tochter verflucht, freiwillig in den Tod. Der Film weist außer seiner spannenden Handlung als weiteren Vorzug noch eine ganze Reihe szenisch sehr wirkungsvoller Bilder auf. Unter dem Zeichen der heiteren Muse steht danach das Lustspiel „Mode und Liebe", dessen etwas dürftige Handlung viel belacht wurde.

Schachtebeck-Quartett. Diese in Halle so beliebte Quartett-Vereinigung beschließt am nächsten Sonnabend ihre diewinterlichen Kammermusikabende mit einem in mehrfacher Hinsicht interessanten Programm, aus dem besonders die Erstaufführung eines Klarinetten-Quintetts von Hans Stieber, eines Sohnes unserer Stadt, hervorgehoben sei. Diese soeben im Verlag von C. A. Klemm in Leipzig erschienene neueste Komposition des jungen talentvollen Musikers fand bei ihrer Uraufführung in Gera und ersten Wiederholung in Leipzig lebhafteste Anerkennung der musikalischen Fachpresse, die das Werk als eine der sonnigsten Kunstschöpfungen auf diesem Gebiete bezeichnete. Eine weitere Neuigkeit bilden die von der Leipziger Opernsängerin Cläre Hansen-Schultheß gesungenen Kinderlieder mit Quartettbegleitung von Hans Lißmann.

„Das Flugwesen in Vergangenheit und Zukunft" ist das Thema eines Lichtbildervortrags, den Oberstleutnant Siegert am kommenden Sonnabend den 28. Februar hier halten wird. Man hat einen starken Zudrang zu dieser Darbietung des Halleschen Luftfahrervereins zu erwarten, da Siegert als glänzender Redner wie als bewährter Fachmann gleich berühmt und hervorragend berufen ist, über die für Deutschlands kulturellen Aufstieg so bedeutungsvollen Luftfahrtsfragen zu sprechen. Seine Kraftnatur, die mit unglaublicher Willensstärke und hinreißender Begeisterung allen Schwierigkeiten zu Leibe geht, kommt auch in der Art seines Vortrags vereint mit gesundem Humor und plastischer Ausdrucksweise zur Geltung. Zahlreiche schöne Lichtbilder werden zur Veranschaulichung des gesprochenen Wortes dienen. Näheres über die Veranstaltung ist aus den Annoncen und Plakaten zu ersehen.

Vivarium, E. V. Nächste Sitzung ist Freitag, abends 7½ Uhr, in Bauers Restaurant, Rathausstr. 3. Vortrag des Herrn Zemke: „Der Aal, seine Entwicklung und Lebensweise" mit Vorweisungen. Verlosung. Gäste sind willkommen.

Synagogen-Gemeinde, Alte Promenade 8. Freitag, 27. Februar, abends 6 Uhr, Gottesdienst; Sonnabend, 28. Februar, vormittags 9 Uhr, Gottesdienst.

Schleichhandel. Gestern nachmittag wurden bei einem auswärtigen Handelsmann 20 Pfd. Butter und 50 Pfd. Seife (Schleichhandelsware) beschlagnahmt und dem Wucheramt überwiesen.

Ein Pferd in den Kanal gefallen. Die Feuerwehr wurde nach dem Hofe eines Grundstücks in der Robert-Franz-Straße gerufen, um dort ein Pferd, das infolge Bruches eines Kanaldeckels in den Schacht gefallen war, herauszuholen. Nach ½stündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

Diebstahl. In der Nacht zum 24. Februar 1920 wurde die Schaufensterscheibe einer Vorkosthandlung Mittelwache 5 eingeschlagen. Die Diebe entwendeten etwa 20 Tafeln Schokolade. — In der Gr. Steinstraße wurde ein Schaukasten der Firma Hutz erbrochen. Von den ausgestellten Waren wurden Wäschestücke im Werte von 250 Mark gestohlen. — Festgenommen wurde ein Handlungsgehilfe wegen Diebstahls im Garnisonlazarett.

Raub. Im Stadtwald zu Frankfurt a. M. wurde die Kaufmannsehefrau Anna Gallmast erdrosselt und beraubt aufgefunden. Den Tätern fielen zwei Brillantohrringe, zwei Brillantringe mit je drei Steinen, der Ehering gez. „R. G.", eine vergoldete Damenhandtasche, eine Elfenbeinhalskette mit großen Kugeln und eine silberne Halskette mit einem Glücksschweinchen in die Hände. — Wer über den Verbleib der geraubten Sachen Auskünfte geben kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei Zimmer 11, zu melden.

Festgenommen wurden zwei Mädchen wegen Umhertreibens.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Alfred Hoehn, einer der hervorragendsten Beethoven-Spieler, ein Pianist mit höchsten künstlerischen Eigenschaften, gibt Montag, den 1. März 1920, in der Loge zu den fünf Türmen (Albrechtstraße) einen Beethoven-Abend, dessen Besuch allen Musikverständigen wärmstens empfohlen sei. Der Künstler fand bei seinem letzten hiesigen Konzert begeisterte Aufnahme. Karten bei Reinhold Koch.

Duci von Kerekjarto, der jugendliche ungarische Geiger, wird sich am Freitag, den 27. Februar, im Thaliasaal von seinen hallischen Verehrern verabschieden können. Einige 1. Plätze sind noch zu haben bei Reinhold Koch.

Hochschulnachrichten.

Der von dem Hochschultag in Halle gewählte geschäftsführende Ausschuß (Vorstand) des Verbandes der Deutschen Hochschulen besteht aus dem Vorsitzenden: Prof. Dr. Rudolf Schenck (Chemie), Münster, dem Stellvertreter des Vorsitzenden: Prof. Dr. v. Dyck (Mathematik), München, und aus den Beisitzern: Prof. Dr. Hedemann (Rechtswissenschaft), Jena; Regierungsbaumeister a. D. Dipl.-Ing. Prof. O. Hickfang (Statik und Eisenbau), Hannover (Kassenwart); Prof. Dr. Schaxel (Zoologie), Jena; Prof. Dipl.-Ing. Dr. Schlink (Technische Mechanik, Statik und Baukonstruktionen, Flugwesen), Braunschweig (Schriftwart); Prof. D. Dr. iur. et phil. Seeberg (Evang. Theologie), Berlin; Prof. Dr. theol. Tillmann (Kathol. Theol.), Bonn; Prof. D. Zscharnack (Evang. Theol.), Berlin. — In München starb am 15. d. M. Prof. Dr. med. Karl Grube, Privatdozent für Physiologie an der Bonner Universität im 54. Lebensjahre. — An Grippe verschied der Botaniker Dr. Georg Schikorra, ständiges Mitglied des Medizinalamtes der Stadt Berlin. — Der Unterricht in der Darstellungskunst an der Akademie der Tonkunst in München wurde der früheren Kammersängerin Frau Anna Bahr-Mildenburg, zurzeit in Berchtesgaden, übertragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200226010/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

× **Zwintschöna**, 25. Febr. (Genasführt und benachteiligt) wurden jetzt durch zu große Vertrauensseligkeit zwei hiesige Familien durch ein Schwindlerehepaar, von dem nachträglich noch behauptet wird, daß die Frau nur ein verkleideter Mann gewesen sei. Die beiden verstanden den Leuten einzureden, daß sie aus einer Konkursmasse über Stoffe und Schuhwaren verfügen und zur Unterbringung der Waren eines Raumes benötigen; letzterer wurde ihnen zugesagt und am Abend sollten die Sachen mit dem Wagen von der Bahn abgeholt werden. Das Paar ließ sich noch unentgeltlich bewirten und erhielt auch noch einen Geldvorschuß. Die Waren aber blieben aus und die Geprellten mußten mit leerem Wagen und langen Gesichtern den Heimweg antreten.

≙ **Gröbers**, 25. Febr. (Diebstahl von Obstbäumen der Straßenanpflanzung) Kaum sind die fehlenden Kirschbäume auf der Kreisstraße Gröbers—Lochau durch eine Nachanpflanzung wieder ersetzt, so sind auch schon Diebeshände dabei, die jungen Bäumchen wieder herauszuheben und zu stehlen. So wurden in der letzten Nacht vier stattliche Kirschbäume hier entwendet, nach der Spur zu urteilen von ein und derselben Person, welche anscheinend einen Handel mit dem entwendeten Gut betreibt.

Cöthen. 23. Febr. (Das Mitgefühl.) Als hier vor einigen Tagen ein junger Mann beim Aufspringen auf den rollenden Zug überfahren wurde, stiegen zahlreiche Reisende, vor Neugier und Mitgefühl getrieben, aus. Sie folgten sogar der Leiche, als sie weggeschafft wurde und merkten dabei nicht einmal, daß der Zug sich wieder in Bewegung setzte, und ohne sie abfuhr. Nun war das Lamentieren groß, denn mit dem Zuge waren auch die Gepäckstücke der Reisenden nach Bernburg abgedampft. Und wie es im Zuge der Zeit liegt: Von dem Gepäck sah keiner etwas wieder, es hatte auf der Fahrt neue Eigentümer gefunden. Eine Frau hatte den Verlust eines 15pfündigen geräucherten Schinkens zu beklagen.

Eilenburg, 25. Febr. (Erster Bürgermeister Dr. Belian) hat vom Regierungspräsidenten folgendes Schreiben erhalten: Die Preußische Staatsregierung hat in Anerkennung Ihrer verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der Kommunalverwaltung genehmigt, daß Ihnen die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister" beigelegt wird.

() **Gera**, 25. Febr. (Zu dem Raubmord an dem Fellhändlerssohn) Otto Kanis aus Gera wird noch berichtet: Nach den Ermittelungen der Geraer Kriminalpolizei kommt als Begleiter des Ermordeten und als mutmaßlicher Täter der Elektro-Installateur Walter Körner, den 10. März 1898 in Stößen bei Naumburg geboren, in Frage. Körner hat sich in Gera tageweise ohne feste Wohnung aufgehalten. Er ist auch in Zedlitz bei Weida, in Crossen a. E. und in Döbris bei Zeitz aufhältlich gewesen. In Gera hat er versucht, zwei junge Leute unter der Vorspiegelung eines günstigen Schiebergeschäftes mit größeren Geldbeträgen in die Gegend der Nordstelle zu locken.

!! **Dresden**, 24. Februar. (Ein Leutnant als Zeitungsverkäufer.) Ein Vorgang, der für die gegenwärtigen Zustände in Deutschland in mehr als einer Beziehung bezeichnend und nicht ohne bitteren Humor ist, bildet hier gegenwärtig das Tagesgespräch. Am Bahnhof stand ein leibhaftiger Leutnant in vollständiger Kriegsausrüstung mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt, und verkaufte die „Deutsche Zeitung". Die Stücke wurden dem Offizier nur so aus der Hand gerissen. Zwei Engländer, die ebenfalls die „Deutsche Zeitung" kaufen wollten, erhielten die Antwort: „An Engländer verkaufe ich keine ‚Deutsche Zeitung'". Großes Hallo bei der Masse, das einige Andersgesinnte veranlaßte, die Kriminalpolizei in Bewegung zu setzen. Es erschien also auch ein Schutzmann und zwei Kriminalbeamte, um dem Offizier den Verkauf zu untersagen. Das ging nun nicht, da dieser einen Gewerbeschein besaß. Also verbot man ihm, in Uniform zu verkaufen, wobei sich einer der Beamten zu der Bemerkung verstieg, es sei gerade die Ententekommission vorbeigegangen. Darauf müßten wir doch Rücksicht nehmen. Der junge Offizier mußte zunächst der Gewalt weichen, erschien aber kurze Zeit darauf wieder in Zivil und verkaufte die „Deutsche Zeitung" weiter.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall.

Breslau, 25. Februar. Amtlich. Der D-Zug 1 Berlin—Oberschlesien fuhr gegen 6 Uhr 30 früh zwischen Leisewitz und Ohlau auf eine leerfahrende Maschine auf. Beide Maschinen und drei Wagen des D-Zuges wurden erheblich beschädigt, zwei Reisende leicht verletzt. Die Reisenden mußten in den von Breslau angeforderten Ersatzzug umsteigen, um die Fahrt nach Oberschlesien fortzusetzen. Der Personenzugverkehr wird mit einiger Verspätung aufrechterhalten. Güterzüge werden über Karlsmarkt umgeleitet.

Goldschmuggel im Sarge.

Hamburg, 25. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Bei einem Leichentransport, der nach dem Auslande gehen sollte, fiel den Bahnbeamten in Altona die außerordentliche Schwere des Sarges auf. Auf behördliche Anordnung wurde der Sarg geöffnet, der Gold- und Silberwaren von hohem Wert enthielt, die auf diese Weise nach dem Auslande geschmuggelt werden sollten.

Die Grabschändung im Charlottenburger Mausoleum. Der Charlottenburger Schloßpark wurde mit Polizeihunden abgesucht. Die Fährten, die die Hunde aufnahmen, gingen jedoch bald verloren. Eine verwertbare Spur hat diese Absuchung daher nicht ergeben. Die Feststellungen des Kriminalkommissars Bußler vom Charlottenburger Polizeipräsidium lassen jedoch aus verschiedenen Anhaltspunkten mit großer Wahrscheinlichkeit darauf schließen, daß die Einbrecher und Grabschänder nach Entdeckung ihrer Schandtat in der Nacht zum Montag ihren Besuch wiederholt haben. Sie haben wahrscheinlich nach dem von ihnen verlorenen goldenen Kranz gesucht, den sie vom Sarge des Kaisers Wilhelm I. genommen hatten. Das Mausoleum untersteht jetzt dem Finanzministerium. An dieses ist sofort nach Entdeckung der Grabschändung ein ausführlicher Bericht gesandt worden. Es ist zu erwarten, daß eine hohe Belohnung ausgesetzt wird, um die gestohlenen Kränze und Zweige usw. wieder herbeizuschaffen und die Täter zu fassen. Nach der Feststellung der Charlottenburger Kriminalpolizei handelt es sich zweifellos um gewerbsmäßige Einbrecher, die nach einem von langer Hand vorbereiteten Plane gearbeitet haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Eisenwerk Brunner A.-G. in Artern.

Die Gesellschaft schlägt 10 Prozent gegen über 10 Prozent im Vorjahr, wo noch außerdem 10 Prozent in Kriegsanleihe gegeben wurden, vor. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir:

Die Beschäftigung während des Jahres 1919 war eine befriedigende. Die Umsatzsteigerung hätte ein günstigeres Ergebnis erwarten lassen müssen, wenn nicht eine Arbeitseinstellung von längerer Dauer die Gesamtproduktion heruntergedrückt hätte und die Not um Material nicht so groß gewesen wäre. Die Umstellung unseres Betriebes auf die Friedenswirtschaft ist in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres restlos durchgeführt worden. Die früher dafür zurückgestellte Summe (Wertberichtungskonto) hat zur Deckung der entstandenen Unkosten mit Verwendung gefunden. Durch die letzte Aktienausgabe hat sich das Kapital auf 500 000 Mk. erhöht. 14 588 Mk. Aufgeld sind den Reserven zugeflossen. Die Abschreibungen sind nach den Gepflogenheiten der Vorjahre vorgenommen worden, die Warenvorräte und Außenstände sind mit der nötigen Vorsicht bewertet.

Es verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von 106 628,91 Mark, hierzu der Vortrag aus 1918 4246,43 Mk., den wir der Generalversammlung wie folgt zur Verteilung vorschlagen möchten: 10 412 Mk. für den Reservefonds, 15 000 Mk. für die Sonderrücklage, 20 000 Mk. Unterstützungsfonds für Arbeiter und Angestellte, 20 000 Mk. für den Baufonds, 10 800 Mk. 4 Prozent Vordividende, 10 000 Mk. Gewinnanteil für Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte, 16 200 Mk. 6 Prozent weitere Dividende, 8463,34 Mark Vortrag auf neue Rechnung.

Ueber die Aussichten des nächsten Geschäftsjahres lassen sich Voraussagen nicht machen. Die Zunahme der Unkosten und die hohen Steuerbelastungen, die Erhöhung der Gehälter und Löhne sowie die enorme Steigerung der Materialpreise lassen ein Urteil über das voraussichtliche Ergebnis nicht zu, auch wird die zukünftige Gestaltung des Geschäfts wesentlich abhängig sein von der Beschaffungsmöglichkeit der notwendigen Rohmaterialien, Brenn- und Betriebsstoffe und nicht zuletzt von der Entwickelung der wirtschaftlichen sowie politischen Lage. Der derzeitige Auftragsbestand ist befriedigend.

Generalversammlung ist am 8. März.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 25. Februar. Die schon am Montag eingetretene Befestigung der Börse nach dem Rückschlage am Freitag setzte sich heute bei einer zeitweise stürmischen Aufwärtsbewegung auf fast allen Märkten noch ausdrücklicher durch. Da sachliche Momente zur Beurteilung dieser sich in der Hauptsache auf die Markentwertung und Markflucht stützenden Hausse kaum in Betracht kommen, kann sich die Berichterstattung auf die Hervorhebung der wichtigsten Kurssteigerungen beschränken. Trumpf waren wieder Kolonialwerte bei Steigerungen von 800 für Kolonialanteile, 700 für Sloman, 1800 Prozent für Pomona und 50 bis 180 ungefähr für die anderen Papiere. Valutapapiere, wie Kanada, Baltimore, österreichische, türkische und italienische Bankaktien, sowie Schantung und Deutsch-Uebersee, erzielten Steigerungen bis zu 80 Prozent. Bemerkenswert war übrigens, daß die starken Kursrückschläge vom Montag und Freitag beinahe allgemein wieder hereingebracht wurden, so bei oberschlesischen Montanpapieren. Doch auch westdeutsche und rheinisch-westfälische stiegen bis vereinzelt zu 50 Prozent. Theodor Goldschmidt und Kaliaktien gewannen ihre Verluste nicht nur zurück, sondern erhöhten ihren Kursstand, gleich wie andere Papiere der gleichen Gattung, ganz erheblich. Das Geschäft nahm allgemein einen großen Umfang an. Bankaktien und Schiffahrtspapiere hatten stilleren Verkehr. Von heimischen Renten erhöhten Schatzanweisungen ihren Kursstand weiter. Alte preußische und deutsche Anleihen waren nicht ganz einheitlich. Oesterreichische und ungarische Anleihen lagen recht fest, besonders Lombarden, und auch Mexikaner erzielten neue Höchstkurse.

Devisenkurse.

Berlin, 25. Februar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	3596,00	3604,00	3578,00	3586,00
Brüssel-Antwerpen	716,75	718,75	709,30	710,70
Christiania	1673,75	1676,75	1678,25	1681,75
Kopenhagen	1448,25	1451,50	1443,50	1446,50
Stockholm	1813,00	1817,00	1813,00	1817,00
Helsingfors	399,60	400,40	394,60	395,40
Italien	524,50	525,50	522,00	523,00
London	331,15	331,85	328,65	329,35
New York	97,90	98,10	97,60	98,10
Paris	690,80	692,20	691,30	692,70
Schweiz	1568,25	1571,50	1573,25	1576,75
Spanien	1678,25	1681,75	1668,25	1671,75
Wien (altes)	39,46	39,54	39,46	39,54
„ (Deutsch-Oest. abgest.)	36,36	36,44	36,46	36,54
Prag	99,90	100,10	99,40	99,60
Budapest	34,21	34,29	34,21	34,29
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 25. Februar. Im Produktengeschäft ist es ruhiger geworden. Für Hafer erhöht sich zwar die Kauflust, doch ist die Nachfrage nicht drängend. Erbsen sind im Preise wenig verändert. Mindere Qualitäten sind etwas schwieriger unterzubringen. Von Peluschken und Ackerbohnen sind beste Sorten gesucht. Bei Serradella überwiegt das Angebot die Nachfrage. Heu und Stroh liegen bei hoher Forderungen ruhiger.

Berlin, 25. Februar. Amtliche Notizen. (Preise für 1000 Kilogramm in Mark.) Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; ab Bahn 4600—4640; sofortige Abladung ab Abladestationen 4640—4680. Tendenz fest.

\+ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (S.) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 24. Februar für Kohlen, Koks, Brikette und Naßpreßsteine gestellt 4209 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 4056 Wagen zu 10 To.

XX **Die Sächsisch-Thüringische Portlandzementfabrik Prüssing & Co. A.-G. in Göschwitz** verkaufte ihre Zementfabrik in Schönebeck an der Elbe an die Firma A. und W. Allendorff, Brauereien und Sprengstoffabriken in Schönebeck. Die Fabrik ist seit 1915 stillgelegt. Ihre Zementquote wurde auf die Zementfabrik Jesarbruch in Nienburg an der Saale übernommen, deren Besitzer gleichfalls die Prüssing-Gesellschaft ist.

\+ **Zuckerraffinerie Genthin A.-G.** Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im Geschäftsjahr 1918/19 bei 9 388 650,41 Mark Einnahmen und 8 805 329,13 Mk. Ausgaben, ein Bruttogewinn von 583 321,28 Mk. erzielt wurde. Die Generalversammlung beschloß, nach Vornahme der Abschreibungen 10 Prozent Dividende zur Verteilung zu bringen, die vom 23. Februar ab bei der Mitteldeutschen Privatbank A.-G., Magdeburg, sowie deren Zweigniederlassungen zahlbar ist. Beschlossen wurde die Uebernahme der Zuckerfabrik Calbe, die schon im Herbst d. Js. die Rübenverarbeitung wieder aufnimmt. In den Aufsichtsrat wurden für den durch den Tod ausgeschiedenen Herrn Kommerzienrat Th. Hildebrand, Berlin, Herr W. Teute, Jerichow, gewählt und Herr A. von Dietze, Barby a. E., neugewählt. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr stehen dauernd unter dem Eindruck der von Monat zu Monat steigenden Löhne, Betriebsmaterialien und sonstigen Unkosten, denen ein Ausgleich der Preise für die erzeugten Produkte im gleichen Zeitraum nicht gegenüber steht. Die niedrige Kontingentierung bewirkt eine Schlechterstellung des Unternehmens gegenüber anderen gleichartigen Fabriken.

Zusammenschlußbestrebungen in der Röhrenindustrie. Unter den deutschen Röhrenhändlern sind Verhandlungen eingeleitet worden, um den gesamten deutschen Röhrenhandel in einem Verbande zu vereinigen.

Keine Süßstoffabrikation durch die Bayerischen Sprengstoffwerke. Die bayerischen Sprengstoffwerke und chemischen Fabriken A.-G. in Nürnberg sollen nach einer verschiedentlich verbreiteten Nachricht die Fabrikation von Süßstoff aufgenommen haben. Demgegenüber wird erklärt, daß die Werke von der Reichszuckerstelle keinerlei Erlaubnis zur Fabrikation von Süßstoff erhalten haben. Eine solche ist auch nicht einmal in Aussicht gestellt worden. Auch ein von den Werken gestellter Antrag auf Genehmigung zur Fabrikation von Süßstoff hätte keinerlei Aussichten auf Erfolg.

Bremer Papier- und Wollpappenfabrik A.-G. in Bremen. Die Verwaltung schlägt die Verteilung einer Dividende von 20 (15) Prozent vor.

Gewerkschaft Kaisergrube, Gersdorf. Die Verwaltung bringt die Verteilung einer Dividende von 70 (0) Mk. in Vorschlag.

Berliner Maschinenbau-A.-G. vormals L. Schwartzkopff, Berlin. Die Gesellschaft, deren Aktienkapital vor mehr als 13 Jahren um 1,2 Mill. auf 12 Mill. Mk. erhöht worden ist, beruft auf den 18. März 1920 eine außerordentliche Generalversammlung zwecks Erhöhung des Aktienkapitals um 12 Mill. Mk. Die neuen Aktien sollen den alten Aktionären zum Kurse von 150 Prozent im Verhältnis 1:1 angeboten werden.

Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke A.-G. in Berlin. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 25 Prozent für das Geschäftsjahr 1919 vorzuschlagen (i. V. 12 Proz. und 8 Proz. Bonus). Die Gesellschaft hat ihre oberschlesischen Anlagen an eine neugegründete Gesellschaft, die ihren Sitz in Cosel hat, verkauft. Der Kaufpreis, einschließlich der sonstigen Abfindungen, gewährleistet der Feldmühle einen entsprechenden Buchgewinn und enthält überdies für eine Reihe von Jahren einen Ausgleich für den durch die Abtrennung des Unternehmens zeitweise geminderten Geschäftsumfang. Zugleich ist er so bemessen worden, daß auch die neue Gesellschaft dabei ihre Rechnung findet.

Deutsche Jutespinnerei und -Weberei in Meißen. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 25 Prozent vor. Im Vorjahr wurden 20 Prozent und auf jede 600-Mark-Aktie ein Bonus von 100 Mark verteilt. Außerdem wird die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 2 Millionen Mk., die zu 4½ Prozent verzinslich sein soll, angekündigt.

A.-G. Georg Egestorffs Salzwerke und Chemische Fabriken. Die Gesellschaft erhöht ihr Aktienkapital um sechs Millionen auf 12 Millionen Mark. Die jungen Aktien werden im Verhältnis von 1 zu 1 den Aktionären zu 128 Prozent angeboten werden.

L. Georg Bierling u. Co. Aktiengesellschaft in Mügeln, Bez. Dresden. Die Verwaltung lenkt die Aufmerksamkeit ihrer Aktionäre darauf, daß eine dem Werk bisher nicht nahestehende Seite versucht, sich Einfluß auf die Gesellschaft zu beschaffen. Da ein solches Vorgehen nicht im Interesse des Unternehmens und einer langjährigen Aktionäre liegen könne, werden die Aktionäre ersucht, sich vor etwaigem Verkauf ihrer Aktien mit der Verwaltung ins Einvernehmen zu setzen. Die Aktien sind seit Anfang dieses Jahres an der Dresdner Börse von 80 Prozent auf 176 Prozent gestiegen, obwohl sie im Vorjahre ertraglos blieben. Kürzlich sollte eine Kapitalserhöhung um 2,3 Mill. Mk. erfolgen; doch fand sich in der Aktionärversammlung nicht die nötige Mehrheit für diesen Antrag und die Verwaltung erklärte, daß ihre Gesellschaft den Geldbedarf von zwei befreundeten Privatbanken zur Verfügung gestellt bekommen habe.

Berliner Börse

vom 25. Februar 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4% Dtsch. Schatzsch. VI—IX	75,10
5% Dtsch. Reichsanl.	79,00
4% „ „	70,00
3½% „ „	65,00
3% „ „	67,00
4% Preuß. Konsols	76,00
3½% „ „	62,50
3% „ „	61,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	106,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	100,75
4½% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	37,10
4% Ungar. Goldrente	78,50
4% Ungar. Kronenrente	45,25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	102,50
Halle-Hettstedter	110,00
Schantungbahn	665,00
Allg. Lokal-Str.	164,00
Gr. Berl. Str.	145,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	800,00
Orientbahn	307,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	153,12
Hambg. Südamerika	292,25
Hansa-Dampfschiff.	396,25
Nordd. Lloyd	175,25
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	227,00
Commerz-Diskontobank	178,00
Darmstädter Bank	152,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	315,00
Diskonto-Comm.	235,00
Dresdner Bank	193,00
Leipzig. Credit-Anst.	210,12
Mitteld. Kreditbank	155,00
Mitteld. Privatbank	164,00
Nationalbank	154,00
Oesterr. Kredit	130,00
Reichsbank	183,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	291,00
Akt. f. Anilin	405,00
Allgem. Elektr. Ges.	430,00
Ammendorfer Papierfabrik	—
Anhalter Kohlenw.	339,00
Annaberger Steingut	376,50
Badische Anilin	639,00
Bergmann Elekt. Akt.	312,00
Berl. Masch.-Bau	390,00
Bismarckhütte	450,00
Bochumer Gußstahl	424,87
Chem.-Fabr. Buckau	—

Chem. Griesheim	—
Chem. Heyden	472,00
Consolidation Schalk	460,00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	—
Deutsche Luxemburg	386,00
Deutsche Uebersee-Elektr.	1040,00
Deutsche Erdöl	83 ,00
Deutsche Gasglühl.	5060,00
Deutsche Kali	530,00
Deutsche Waffen und Mun.	463,00
Donnersmarckhütte	380,00
Döring & Lehrmann	190,00
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	282,00
Elberfelder Farben	498,00
Felten & Guillaume	555,00
Gasmotoren Deutz	379,50
Gebhard & Co.	471,00
Gebhard & König	300,00
Gelsenkirchen Berg.	418,00
Glauziger Zuckerfbk	500,00
Hallesche Maschfbk.	—
Hann. Masch.	—
Harpener Berg	448,00
Hasper Eisen	410,00
Hirsch Kupfer	—
Höchster Farbwerke	445,00
Hoesch Eisen u. Stahl	450,00
Hohenlohe Werke	279,00
Humboldt Masch.	—
Ilse Bergbau	615,00
Kahla Porzellan	—
Kaliw. Aschersleben	465,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	275,00
Lauchhammer	350,00
Laurahütte	368,00
Linke & Hofmann	500,00
Ludwig Loewe & Co.	407,00
Lothringer Hütte	363,00
Mannesmannröhren	411,00
Masch.-Fabr. Buckau	—
Oberschl. Eisenb.-Bd.	300,00
do. Caro Heg.	300,00
do. Kokswerke	380,0
Orenstein & Koppel	36 ,50
Phönix Berg	585,00
Rhein. Metall-Vorz.	—
Rhein. Stahlwaren	440,00
Riebeck. Montan	405,75
Rombacher Hütten	420,00
Rositzer Braunk.	375,00
Rositzer Zucker	—
Sangerhäuser Masch.	—
Hugo Schneider A.-G.	380,00
Schuckert & Co.	251,00
Siemens & Halske	—
Stettiner Cham.	312,00
Stettiner Vulkan	—
Stollberger Zinkh.	360,00
Strals. Spielkarten	350,00
Thale-Eisenhütte	581,50
Triptis Porzellan	—
Türk. Tabakregie	1400,00
Ver. Köln-Rottweiler	—
Ver. Glanzstoff	1430,00
Wegelin & Hübner	220,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	675,00
Wittener Gußstahl	630,00
Wrede Mälzerei	—
Zeitzer Masch.	501,00
Zellstoff Waldhof	—
Otavi-Minen	925,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200226010/fragment/page=0004